

**Protokoll über die öffentliche Sitzung
des Gemeinderats Berghaupten
am 1. Oktober 2018**

Anwesend:	Bürgermeister Ph. Clever 8 Gemeinderäte
Beurlaubt/entschuldigt: (Grund)	GR G. Benz u. R. Seiler (Urlaub)
Schriftführer:	Ratschreiber R. Hertle
Bedienstete:	-/-
Ort:	Bürgersaal, Altes Schulhaus
Beginn:	19.30 Uhr
Ende:	22.00 Uhr
Seiten:	20
Anlagen:	1 zu TOP 3

Tagesordnung

1. Fragen der Einwohner zu Gemeindeangelegenheiten
2. Anfragen aus der Mitte des Gemeinderats
3. Erstellung eines Hochwasserschutzkonzepts
Hier: Vorstellung der Ergebnisse bzgl. der Machbarkeit eines Regenrückhaltebeckens
4. Stellungnahme zu Bauanträgen
5. Antrag auf Änderung des Bebauungsplans „Schlossbünd II“
6. Haushaltsberatungen 2019
Hier: Vorschläge für Investitionsprogramm
7. Kindertagesstätte St. Georg:
Hier: Baukonzept und Kostenberechnung für die Sanierungsmaßnahmen
8. Abwasserbeseitigung
Hier: Betriebskostenabrechnung 2017 der Kläranlage Gengenbach

9. Abwasserbeseitigung
Hier: Abrechnung der anteiligen Personalkosten beim Kanalaufseher
10. Breitbandausbau
Hier: Mitteilung über Förderzusage und weiteres Vorgehen
11. Mitteilungen der Verwaltung
12. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung

Gemeinde Berghaupten
Protokoll der Gemeinderatssitzung

Termin	Tagesordnungspunkt	Aktenzeichen/Bearbeiter
1. Oktober 2018	Öffentlich 1	

Fragen der Einwohner zu Gemeindeangelegenheiten

Diskussionsverlauf:

Ein Bürger erkundigte sich bei den drei Fraktionen nach deren Einstellung zum Thema Hochwasserschutz und dessen Bedeutung.

**Gemeinde Berghaupten
Protokoll der Gemeinderatssitzung**

Termin	Tagesordnungspunkt	Aktenzeichen/Bearbeiter
1. Oktober 2018	Öffentlich 2	

Anfragen aus der Mitte des Gemeinderates

Diskussionsverlauf:

Aus der Mitte des Gemeinderats wurden keine Fragen an die Verwaltung gestellt.

Gemeinde Berghaupten
Protokoll der Gemeinderatssitzung

Termin	Tagesordnungspunkt	Aktenzeichen/Bearbeiter
1. Oktober 2018	öffentlich 3	690.2 / Herr Hertle

Erstellung eines Hochwasserschutzkonzepts
Hier: Vorstellung der Ergebnisse bzgl. der Machbarkeit eines Regenrückhaltebeckens im Obertal und weiteres Vorgehen

Sachverhalt und Begründung:

Der Gemeinderat wurde zuletzt in der Sitzung am 07.05.2018 ausführlich über das Projekt, dessen Verlauf und die Gründe für die Verzögerungen bei der Untersuchung informiert. Die Präsentation ist auch Bestandteil des Protokolls und jederzeit auf der Homepage der Gemeinde unter Bürgerservice/Gemeinderat/Sitzungen abrufbar.

Inzwischen liegen die noch fehlenden hydraulischen Berechnungen vor, die es möglich machen, den Unterschied bei den Überflutungsflächen vor und nach dem Bau eines Rückhaltebeckens und damit eine Kosten-/Nutzenanalyse darzustellen.

Am 22.08.2018 fand zur Vorbereitung der Ergebnisvorstellung im Gemeinderat eine Besprechung mit Vertretern der Verwaltung, dem Landratsamt Ortenaukreis und den Zink-Ingenieuren statt. Der Aktenvermerk darüber ist den Sitzungsunterlagen beigelegt.

Stefan Krämer von den Zink-Ingenieuren wird in der Sitzung die Ergebnisse und deren Schlussfolgerungen ausführlich darstellen. Danach ist vom Gemeinderat über das weitere Vorgehen zu beraten und zu beschließen.

Diskussionsverlauf:

BM Ph. Clever begrüßte zu diesem TOP **Stefan Krämer von den Zink-Ingenieuren**, der die Ergebnisse und deren Schlussfolgerungen ausführlich anhand einer Präsentation darstellte (Siehe Anlage 1).

Die Gemeinde hatte die Zink-Ingenieure damit beauftragt, ein Hochwasserschutzkonzept für den Dorfbach zu erstellen. Anlass war die Hochwassergefahrenkarte des Landes Baden-Württemberg, in der auch große Teile des Ortszentrums als Überschwemmungsflächen ausgewiesen sind. Dies bedeutet zum einen eine latente Hochwassergefahr für die bestehenden Gebäude, zum anderen ein faktisches Bauverbot für Neubauten und Erweiterungen. Bei einem hundertjährigen Hochwasser wären laut den Berechnungen 252 Wohn- und Geschäftshäuser betroffen mit einem Schaden von rund 2 Mio. Euro.

Um der Hochwassergefahr und den damit verbundenen Entwicklungshindernissen zu begegnen, erstellten die Zink-Ingenieure entsprechende Konzepte. Kernstück bei einer zentralen Lösung ist ein Regenrückhaltebecken im Obertal mit einem Einzugsgebiet von 2,7 qkm, was 60 % des Gesamteinzugsgebiets des Dorfbachs entspricht. Dieses ca. 3,4 Mio. teure und ca. 70.000 cbm fassende Becken mit einer Dammhöhe von max. 8,80 m hätte laut den Berechnungen einen deutlichen Effekt und würde somit die Überschwemmungsfläche im Ort sehr deutlich reduzieren. Der Ortskernbereich wäre

damit annähernd überflutungsfrei bei einem hundertjährigen Hochwasserereignis. Lediglich die Allmend-Wiesen wären auch weiterhin überflutet. Aufgrund der positiven Kosten-Nutzen-Relation ist eine Förderung von 70 % zu erwarten. Nach einer 2-4 Jahre dauernden Planungszeit könnte das Becken in ca. 1,5 Jahren gebaut werden. Problematisch sind allerdings die unsicheren Randbedingungen des Projekts wie sich ständig verändernde Wetterdaten, Rechtsgrundlagen, Berechnungsmodelle und sonstige Vorgaben. Alternativ dazu gebe es laut Zink-Ing. die Möglichkeit, ein dezentrales Hochwasserschutzkonzept umzusetzen in Form eines Hochwasserrisikomanagements mit Alarmplänen für den Hochwasserfall, Objektschutzmaßnahmen durch Gemeinde und Eigentümer sowie kleinere Maßnahmen. Großer Nachteil dabei ist, dass die Überschwemmungsflächen der Hochwassergefahrenkarte unverändert bleiben und dadurch die Bebauungs- und damit Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde weiter deutlich eingeschränkt bleiben. Dem Gemeinderat wurde sehr anschaulich vor Augen geführt, wie schwierig und vielschichtig dieses Thema ist.

Aus Sicht eines Teils der Gemeinderäte bleiben viele Fragen offen bzw. wurde die Entscheidungsfindung nicht einfacher. Auf Nachfrage riet ST. Krämer dazu, bis 2019 abzuwarten, um die anstehenden Änderungen in den verschiedenen rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen hinsichtlich Förderfähigkeit und Wirtschaftlichkeit prüfen und dann entscheiden zu können.

BM Ph. Clever kündigte eine Infoveranstaltung für die Einwohner und evtl. einen Bürgerentscheid zu dem wichtigen Thema an.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis

**Gemeinde Berghaupten
Protokoll der Gemeinderatssitzung**

Termin	Tagesordnungspunkt	Aktenzeichen/Bearbeiter
1. Oktober 2018	öffentlich 4	632.21 Bauakte Dorfstr. 12 / Frau Lienhard

**Stellungnahme zu Bauanträgen
hier: Ausbau von Wohnungen in eine Arztpraxis, Dorfstraße 12**

Sachverhalt und Begründung:

Der Neubau von zwei Mehrfamilienwohnhäusern wurde im April 2018 von der Unteren Baurechtsbehörde genehmigt. Damals waren im Haus II im Erdgeschoss drei Wohnungen vorgesehen. Nun beantragt der Bauherr die Umnutzung der Wohnungen in eine Arztpraxis.

Die Verwaltung hat keine Bedenken.

Diskussionsverlauf:

Hauptamtsleiter R. Hertle erläuterte die Angelegenheit ausführlich anhand der Verwaltungsvorlage.

Der Gemeinderat begrüßte die Entscheidung des Arztes, anstatt nach Gengenbach abzuwandern, in Berghaupten zu bleiben, ausdrücklich und stimmte dem Verwaltungsvorschlag ohne längere Diskussion zu.

Beschluss:

Der Erteilung der beantragten Baugenehmigung wird zugestimmt.

Entscheidung:

Stimmberechtigt sind: 9

Gem. § 18 GO abgetreten: 0

Grund:

Einstimmig	Mehrheitlich	Ja	Nein	Enthaltung
X		X		

Gemeinde Berghaupten
Protokoll der Gemeinderatssitzung

Termin	Tagesordnungspunkt	Aktenzeichen/Bearbeiter
1. Oktober 2018	öffentlich 5	621.41, Bebauungsplan Schlossbünd II/ Frau Lienhard

Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Schlossbünd II

Sachverhalt und Begründung:

Der Antragsteller beabsichtigt das Grundstück Flst.-Nr. 957 käuflich zu erwerben. Er möchte auf dem Grundstück ein Einfamilienwohnhaus mit zwei Vollgeschossen und einer Dachneigung von 25° bauen. Die Nutzungsschablone sieht aber für dieses Grundstück nur eine eingeschossige Bauweise und eine Dachneigung von 10-15 ° vor. Er stellt hiermit den Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Schlossbünd II bzgl. der Anzahl der Vollgeschosse und der Dachneigung. Der Antragsteller hat bereits mit den beiden Eigentümern der Nachbargrundstück gesprochen. Sie haben keine Bedenken geäußert. Die Kosten zur Änderung des Bebauungsplanes müssen vom Antragsteller getragen werden. Das Antragsschreiben sowie die Planvorstellung war den Sitzungsunterlagen angeschlossen.

Diskussionsverlauf:

BM Ph. Clever erklärte sich bei Aufruf des TOP als Antragsteller für befähigt, übergab die Sitzungsleitung an **BM-Stellvertreter R. Harter** und nahm für die Dauer der Beratung und Entscheidung im Zuhörerbereich Platz.

BM-Stellvertreter R. Harter läuterte die Angelegenheit ausführlich anhand der Verwaltungsvorlage. Die GR M. Feißt und G. Peters taten sich aus grundsätzlichen Überlegungen (Präzedenzfall) und aus städtebaulichen Gründen (zwei Vollgeschosse) mit dem Antrag schwer, während die restlichen Mitglieder keine Bedenken hatten.

Beschluss:

- 1. Der Bebauungsplan Schlossbünd II soll aufgrund des Antrags bzgl. der Bebaubarkeit des Baugrundstücks Flst.-Nr. 957 geändert werden. Die Kosten der Änderung trägt der Antragsteller.**
- 2. Die Verwaltung erhält den Auftrag, mit den Zink-Ingenieuren den Aufstellungsbeschluss vorzubereiten.**

<u>Entscheidung:</u>
Stimmberechtigt sind: 8
Gem. § 18 GO abgetreten: 1 (BM Ph. Clever)
Grund: BM Ph Clever ist Antragsteller

Einstimmig	Mehrheitlich	Ja	Nein	Enthaltung
	X	6	2	

Gemeinde Berghaupten
Protokoll der Gemeinderatssitzung

Termin	Tagesordnungspunkt	Aktenzeichen/Bearbeiter
1. Oktober 2018	öffentlich 6	902 / Herr Vogt

Haushaltsberatungen 2019
Hier: Vorschläge für das Investitionsprogramm

Sachverhalt und Begründung:

Die Verwaltung wird dem Gemeinderat in der Sitzung am 22.10.2018 die Jahresrechnung 2017 zur Feststellung vorlegen. Die Beratung über den Haushaltsentwurf ist in einer Novembersitzung vorgesehen. Zur Vorbereitung wäre für die Verwaltung schon im Vorfeld interessant, die Wünsche des Gemeinderats für Investitionsmaßnahmen zu erfahren.

Die Verwaltung bringt folgende mögliche Maßnahmen in die Diskussion ein:

- Sanierung Schlosswaldhalle (Schimmelproblem)
- Sozialer Wohnungsbau
- Anschaffung Feuerwehrfahrzeug LF10
- Anbau Gruppenraum Kindertagesstätte
- Weitere Sanierung Gruppenräume Kindertagesstätte
- Sanierung Außenfassade mit Fensterläden Rathaus
- Sanierung Fensterläden „Altes Schulhaus“
- Sanierung Freiherr-von-Schleyß-Saal im Rathaus
- Evtl. Abrissarbeiten Kinzigstraße, ehem. Schraubenfabrik Laue
- Anschluss Wasserversorgung „Kleine Kinzig“
- Ausbau Jugendraum
- Breitbandausbau Gewerbegebiet „Röschbünd“

Die Beratungen über die Teilhaushalte Schule, Forst und Feuerwehr sind für die Sitzung am 22.10.2018 vorgemerkt.

Diskussionsverlauf:

BM Ph Clever erläuterte die Angelegenheit ausführlich anhand der Verwaltungsvorlage und sprach sich dafür aus, dass der Gemeinderat eine Priorisierung vornehmen sollte.

GR R. Harter regte an, bei der anstehenden Erweiterung der Kita St. Georg gleich zwei zusätzliche Gruppenräume anzubauen. Außerdem erinnerte er an die zusätzliche Anbindung des Gewerbegebiets an die B33 zur Entlastung der Bellenwald- und Lindenstraße.

BM Ph. Clever berichtete kurz von der letzten Verkehrsschau mit der zuständigen Verkehrsbehörde beim Landratsamt und der Polizei, wo der Gemeinde mitgeteilt wurde, dass die Talstraße auf Wunsch in eine Tempo-30-Zone umgewandelt werden könne. Er sprach sich angesichts der verschiedenen Problemfelder (Anbindung B33, Schulweg, Marktscheune, Tempo-30-Zonen) für die Erstellung eines ganzheitlichen Verkehrskonzepts für die Gemeinde aus. Des Weiteren wies der BM auf den desolaten baulichen Zustand des Trauraums im Rathaus hin sowie auf die zu erwartenden Flüchtlingszuweisungen und dem damit verbundenen kurzfristigen Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten.

Beschluss:

keiner

Gemeinde Berghaupten
Protokoll der Gemeinderatssitzung

Termin	Tagesordnungspunkt	Aktenzeichen/Bearbeiter
1. Oktober 2018	öffentlich 7	461.0/ Frau Lienhard

Kindertagesstätte St. Georg:
hier: Baukonzept und Kostenberechnung für die Sanierungsmaßnahmen

Sachverhalt und Begründung:

Dem Gemeinderat ist das Konzept für die Sanierungsmaßnahmen bekannt. Im Frühjahr 2018 wurde im ehem. Frühlingzimmer die 4. Bildungsinsel mit der neuen Küche fertiggestellt. Lt. Gemeinderatsbeschluss soll jedes Jahr ein Gruppenraum saniert werden. Hierfür stehen noch 50.000 Euro im Haushalt für die Sanierungsmaßnahme im Jahr 2018 zur Verfügung.

Nach einer Besichtigung der Räume durch das Architekturbüro Kälble, Verwaltung, Bauhof und Kita-Leitung wurde ein Sanierungskonzept mit Kostenschätzung aufgestellt:

Bauabschnitt 1:

Im Intensivraum wird die bisherige Küche ausgebaut und entfällt ersatzlos. Dieser Raum soll zukünftig als Ruheraum für das Ganztagsangebot genutzt werden. Hierzu sollen die Glasfronten mit Rollos ausgestattet werden. Der Fußbodenbelag bleibt bestehen. Die schadhafte Stellen sollen ausgebessert, gereinigt und neu versiegelt werden. Die Fenster und Wände sollen gestrichen werden. Die Beleuchtung wird durch eine LED-Beleuchtung ersetzt und die Decke wird mit einer Akustikdecke versehen. Kostenschätzung: 20.000 Euro netto. Die Arbeitsleistung vom Bauhof ist darin nicht enthalten.

Bauabschnitt 2:

Renovierung der Garderobe bzw. Flur vor den beiden Gruppenräumen. Hier fallen Kosten in Höhe von ca. 19.000 Euro netto an. Darin enthalten sind u.a. auch neue Garderoben, welche an der Wand befestigt werden. Diese schlagen mit ca. 6.400 Euro netto zu buche. Die bisherigen Garderoben sind zum Teil schadhaft und bei der Reinigung der Fußböden hinderlich, da sie am Boden aufstehen. Die Bodenreinigung kann in diesem Bereich nur händisch erfolgen, was auch sehr zeitintensiv für das Reinigungspersonal ist.

Bauabschnitt 3:

Da auch die WC-Anlage mit den Stand-WC's in die Jahre gekommen ist, wurde es als sinnvoll erachtet, diese gleich mit zu sanieren und nicht noch ein weiteres Jahr abzuwarten. Kostenpunkt hier: 10.500 Euro netto.

Bauabschnitt 4:

Sanierung des Leitungszimmers und des vorderen Flures. Lt. Kitaleitung muss hier keine Akustikdecke angebracht werden. Wichtig sind hier die Malerarbeiten und eine neue Beleuchtung. Kostenpunkt: 10.000 Euro netto.

Wir kommen lt. Kostenschätzung von Herrn Kälble auf einen Gesamtbetrag von 59.500 Euro netto. Bruttokosten: 70.805 Euro. Hinzu kommen noch die Architektenleistungen mit 10 % (7.080,50 Euro).

Gedanke zur Umsetzung der 4 Bauabschnitte war: Da die Gruppe während der Bau- maßnahme in den Bewegungsraum ausgelagert wird, könnten die Handwerker und der Bauhof hier in einem Zuge durcharbeiten und der komplette Trakt wäre saniert. Somit wären die Erzieherinnen und die Kinder nicht immer wieder im Ablauf durch Handwerksarbeiten gestört.

Diskussionsverlauf:

Hauptamtsleiter R. Hertle erläuterte die Angelegenheit ausführlich anhand der Ver- waltungsvorlage.

GR R. Harter bat die Gemeinde um eine ständige Kostenkontrolle in Form einer lau- fenden Gegenüberstellung der geschätzten und tatsächlichen Kosten der einzelnen Abschnitte.

Beschluss:

Die Verwaltung erhält den Auftrag, mit dem Architekturbüro Martin Kälble die notwendigen Sanierungsarbeiten wie in der Kostenberechnung aufgeführt aus- zuschreiben. Der Gemeinderat wird über die Entwicklung der Kosten fortlaufend unterrichtet.

Entscheidung:

Stimmberechtigt sind: 9

Gem. § 18 GO abgetreten: 0

Grund:

Einstimmig	Mehrheitlich	ja	Nein	Enthaltung
X		X		

Gemeinde Berghaupten
Protokoll der Gemeinderatssitzung

Termin	Tagesordnungspunkt	Aktenzeichen/Bearbeiter
1. Oktober 2018	öffentlich 8	702.1 / Herr Vogt

Betriebskostenabrechnung 2017 – Kläranlage Gengenbach

Sachverhalt und Begründung:

Die Betriebskostenabrechnung für die Kläranlage Gengenbach war den Sitzungsunterlagen beigelegt. Die Betriebskosten je cbm/Abwasser betragen 1,20898 €. Gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um knapp 8 % bzw. 0,09 €/m³ Schmutzwasser. Auffallend ist die Kostensteigerung bei den reinen Betriebskosten für die Kläranlage und ein starker Anstieg bei den Verwaltungskostenbeiträgen für die Stadtwerke.

Die reinen Betriebskosten der Kläranlage weisen eine Steigerung von knapp 50 Tsd Euro auf. Der Anstieg bei den Verwaltungskosten der Stadtwerke beträgt über 14 Tsd. Euro. Die Ursachen für die Kostensteigerungen konnten bis zum Versand der Sitzungsunterlagen nicht von der Stadt Gengenbach in Erfahrung gebracht werden und werden daher in der Sitzung erläutert.

Die übrigen ausgewiesenen Kostenblöcke haben zwar relativ starke Schwankungen, doch haben deren absolute Abweichungen nur untergeordnete Auswirkungen auf den Umlagesatz.

Die von Berghaupten angelieferte Abwassermenge weist in den vergangenen Jahren kaum Veränderungen gegenüber der gesamten Abwassermenge aus. Der Anteil Berghauptens am gesamten Abwasseraufkommen liegt im langjährigen Durchschnitt bei rund 16 %.

Diskussionsverlauf:

Hauptamtsleiter R. Hertle erläuterte die Angelegenheit ausführlich anhand der Verwaltungsvorlage. Die Ursachen für die Kostensteigerungen bei den Verwaltungskosten der Stadtwerke konnten bis zur Sitzung leider immer noch nicht von der Stadt Gengenbach in Erfahrung gebracht werden und werden daher zu einem späteren Zeitpunkt nachgereicht.

Vom Betriebsleiter der Kläranlage (Herr Wußler) haben wir folgende Infos zu den Steigerungen bei den reinen Betriebskosten der Kläranlage erhalten:

- Höhere Stromkosten wegen der Reparatur des eigenen Blockheizkraftwerks wg. Fremdbezug
- Höherer Verbrauch an Fäll-Mittel, um die neuen Vorgaben beim Phosphatwert (0,5) einhalten zu können
- Sanierung der Außenfassade

GR R. Harter bat um die in der Vergangenheit übliche Darstellung der Kostenentwicklung der letzten Jahre, deren Nachlieferung die Verwaltung zusagte.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

**Gemeinde Berghaupten
Protokoll der Gemeinderatssitzung**

Termin	Tagesordnungspunkt	Aktenzeichen/Bearbeiter
1. Oktober 2018	öffentlich 9	701.6 / Herr Vogt

Abrechnung 2017 – Kanalaufseher

Sachverhalt und Begründung:

Die Stadtwerke Gengenbach haben die Abrechnung für den gemeinsamen Kanalaufseher für das Jahr 2017 vorgelegt. Abrechnungsgrundlage für die Kosten des Kanalaufsehers bildet eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Gengenbach und der Gemeinde Berghaupten aus dem Jahr 1989, zuletzt geändert am 23.04.1996.

Der Anteil der Gemeinde Berghaupten beträgt 20 % der Personalkosten (incl. 25 % Verwaltungskostenzuschlag) zzgl. eines Pauschalbetrages für Fahrzeug- und Arbeitsplatzkosten, vermindert um die Gebühreneinnahmen aus den Entwässerungsanträgen.

Die Abrechnungsunterlagen waren der Verwaltungsvorlage beigelegt.

Diskussionsverlauf:

Hauptamtsleiter R. Hertle erläuterte die Angelegenheit ausführlich anhand der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

Gemeinde Berghaupten
Protokoll der Gemeinderatssitzung

Termin	Tagesordnungspunkt	Aktenzeichen/Bearbeiter
1. Oktober 2018	öffentlich 10	797.33 / Herr Hertle

Verbesserung der Breitbandversorgung im Gewerbegebiet „Röschbünd“
Hier: Mitteilung über Förderzusage und weiteres Vorgehen

Sachverhalt und Begründung:

Die Verwaltung hatte den Gemeinderat zuletzt in der Sitzung am 22.01.2018 über den Stand der Dinge in Sachen Verbesserung der Breitbandversorgung informiert. Damals wurde u.a. mitgeteilt, dass auf der Grundlage des Ergebnisses der erneuten Bedarfsabfrage bei den Gewerbebetrieben in Abstimmung mit der Breitband Ortenau GmbH & Co. KG (BO) ein entsprechender Förderantrag auf der Grundlage der vorhandenen Ortsnetzplanung vorbereitet und gestellt werden soll. Der Antrag wurde schließlich im Namen der BO am 25.04.2018 beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration eingereicht. Mit Schreiben vom 06.09.2018 teilte das Ministerium per Bescheid mit, dass die geplante Maßnahme mit 165.750 Euro gefördert wird. Die Gesamtkosten betragen 330.939 Euro, wovon 278.100 Euro zuwendungsfähig und 52.839 Euro nicht zuwendungsfähig sind.

Die Verwaltung ist derzeit dabei, mit der BO das weitere Vorgehen abzustimmen, um die Angelegenheit anschließend dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen zu können.

Im Haushalt sind für 2018 insgesamt 200.000 Euro für die Verbesserung der Breitband-Internet-Versorgung eingestellt.

Diskussionsverlauf:

Hauptamtsleiter R. Hertle erläuterte die Angelegenheit ausführlich anhand der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

Gemeinde Berghaupten
Protokoll der Gemeinderatssitzung

Termin	Tagesordnungspunkt	Aktenzeichen/Bearbeiter
1. Oktober 2018	öffentlich 11 a)	656.43 / Herr Vogt

Mitteilungen der Verwaltung
Hier: Zuschussantrag für den letzten Teil der Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchten

Sachverhalt und Begründung:

Große Teile der Straßenbeleuchtung wurden bereits auf LED-Leuchten umgerüstet.

- 2013/2014 93 Leuchten
- 2016/2017 143 Leuchten

In einem letzten Schritt sollten jetzt noch die übrigen 74 Leuchten umgerüstet werden. Die Kostenschätzung der Netze Mittelbaden GmbH & Co.KG belaufen sich auf 56.118,60 €, wovon 55.518,60 € zuwendungsfähige Kosten darstellen. Im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative besteht noch die Möglichkeit zur Förderung der Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchten in Höhe von 25 % der zuwendungsfähigen Kosten. Die Verwaltung wird einen entsprechenden Zuschussantrag stellen.

Diskussionsverlauf:

Hauptamtsleiter R. Hertle erläuterte die Angelegenheit ausführlich anhand der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

Gemeinde Berghaupten
Protokoll der Gemeinderatssitzung

Termin	Tagesordnungspunkt	Aktenzeichen/Bearbeiter
1. Oktober 2018	öffentlich 11 b)	702.1 / Herr Vogt

Mitteilungen der Verwaltung
Hier: Erstattung bei der Abwasserabgabe

Sachverhalt und Begründung:

Für das Einleiten von Abwasser in ein Gewässer wird eine Abgabe erhoben. Diese Abwasserabgabe richtet sich grundsätzlich nach der Schädlichkeit des Abwassers und ist Bestandteil der Betriebskosten der Kläranlage. Der Anteil unserer Gemeinde an der Abwasserabgabe der Kläranlage beträgt gut 8.000 €/Jahr. Sie ist als Lenkungsausgabe ausgestaltet. Ihr Ziel ist es, wirtschaftliche Anreize zu schaffen, die Leistungsfähigkeit von Kläranlagen und der Regenwasserbehandlung zu verbessern. Gleichzeitig stellt sie eine Umweltabgabe mit Anreiz- und Ausgleichsfunktion dar.

Im Rahmen der nach der Eigenkontrollverordnung (EKVO) durchgeführten Kamerabegehungen der Schmutz- und Niederschlagswasserkanäle wurden verschiedene punktuelle schadhaften Stellen festgestellt. Die Firma Koßmann GmbH wurde 2017 mit der Behebung/Reparatur von Teilen dieser schadhaften Stellen beauftragt. Die Maßnahme wurde mit 56.419,60 € abgerechnet. Diese Kosten können mit max. 28.209,80 € auf die Abwasserabgabe angerechnet werden. Im Rückstellungskonto (Nachholfrist max. 3 Jahre) der Gemeinde Berghaupten sind für die Jahre 2015-2017 insgesamt 24.789,77 € ausgewiesen und werden unserer Gemeinde erstattet.

Diskussionsverlauf:

Hauptamtsleiter R. Hertle erläuterte die Angelegenheit ausführlich anhand der Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

**Gemeinde Berghaupten
Protokoll der Gemeinderatssitzung**

Termin	Tagesordnungspunkt	Aktenzeichen/Bearbeiter
1. Oktober 2018	Öffentlich 12	022.33 / Herr Hertle

Bekanntgabe nichtöffentlicher Beschlüsse

Sachverhalt und Begründung:

In der nicht-öffentlichen GR-Sitzung am 10.09.2018 wurden u.a. folgende Beschlüsse gefasst:

- Zur Verstärkung des Reinigungspersonals in den gemeindeeigenen Gebäuden soll eine weitere Kraft auf Basis eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses mit ca. 8 Arbeitsstunden pro Woche eingestellt oder die Mehrarbeitsstunden intern vergeben werden.
- Der Zahlung einer monatlichen Zulage für eine Mitarbeiterin wurde zugestimmt.
- Eine Mitarbeiterin der Kleinkindbetreuungsgruppe „Kleine Strolche“ beendet ihre Tätigkeit zum 30.11.2018. Die frei werdenden Betreuungszeiten werden durch eine andere Mitarbeiterin übernommen.

Clever
(Bürgermeister)

Hertle
(Protokollführer)

(Gemeinderat)

(Gemeinderat)

(Gemeinderat)